

# LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion  
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16  
60329 Frankfurt am Main  
+49 69 2577 1538  
europa@region-frankfurt.de  
[www.europabuero-frm.de](http://www.europabuero-frm.de)

26.09.2018

# INHALTSVERZEICHNIS



<b>Aktuelles aus der EU</b>	<b>2</b>
Rede zur Lage der Union: Prioritäten der Kommission bis zur EU-Wahl	2
<b>Kommunale Belange und regionale Entwicklung</b>	<b>2</b>
Europäisches Parlament: Regi-Ausschuss veröffentlicht Bericht zur Kohäsionspolitik	2
AMIF: Projektaufruf 2018	4
Europäisches Parlament: Zentrales digitales Zugangstor beschlossen	6
Europäischer Solidaritätskorps: Erste Projektvorschläge können eingereicht werden	6
Öffentliche Auftragsvergabe: Kommission veröffentlicht Leitfaden	7
<b>Wirtschaft, Forschung und Innovation</b>	<b>7</b>
Horizont 2020: Forschungsförderung 2019 im Bereich Klima, Umwelt und Energie	7
<b>Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen</b>	<b>8</b>
Einladung: Konferenz zu eGovernment in Brüssel	8
<b>Folgen Sie uns auf Twitter!</b>	<b>9</b>

## Aktuelles aus der EU

### Rede zur Lage der Union: Prioritäten der Kommission bis zur EU-Wahl

Was möchte die Europäische Kommission bis Ende ihrer Amtszeit im kommenden Jahr noch angehen? Der scheidende Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, hielt am 12. September 2018 seine letzte Rede zur „Lage der Union“ vor dem Europäischen Parlament. In dieser europäischen „Regierungserklärung“ definierte er die Handlungsfelder Migration und Grenzsicherung als Handlungsschwerpunkt, kündigte einen Legislativvorschlag zur Abschaffung der Zeitumstellung an und schlug eine Stärkung der Gemeinschaftskompetenz in der Außen- und Sicherheitspolitik vor.

Die Rede steht als [Video](#) zur Verfügung oder kann auf Deutsch [nachgelesen](#) werden. Sie wurde von einem [Schreiben](#) an den Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament begleitet, in dem Juncker um die Umsetzung dieser Vorhaben warb.

Außerdem veröffentlichte die Kommission zeitgleich zu den Schwerpunkten der Rede entsprechende Ankündigungen. Dazu gehören u. a.:

- ★ [Sicherheit](#) in der EU
- ★ [Migration und Grenzschutz](#)
- ★ [Mehrheitsentscheidungen](#) in der Außen- und Sicherheitspolitik
- ★ [Finanzmarktarchitektur](#)
- ★ [Kooperation mit Afrika](#)
- ★ Ende der [Zeitumstellung](#)

Am 9. Mai 2019, kurz vor der Europawahl, findet ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs sowie der EU-Institutionen zur zukünftigen Entwicklung der EU in Sibiu (Rumänien) statt.

## Kommunale Belange und regionale Entwicklung

### Europäisches Parlament: Regi-Ausschuss veröffentlicht Bericht zur Kohäsionspolitik

Am 13. September 2018 haben die Berichterstatter Andrey Novakov und Konstanze Krehl im Ausschuss für regionale Entwicklung (kurz Regi-Ausschuss) des Europäischen Parlaments ihren Berichtsentwurf zu den gemeinsamen Bestimmungen der Kohäsionspolitik (KOM(2018) 375 final)<sup>1</sup> veröffentlicht.

---

<sup>1</sup> „Vorschlag für die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit den gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa“ (siehe auch [Europa Info 6/2018, S. 1f](#))

Die Verordnung zu den gemeinsamen Bestimmungen gibt den Rahmen für die Umsetzung der Kohäsionspolitik und damit u. a. für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) vor.

Im Bericht werden nun konkrete Änderungsvorschläge unterbreitet. So fordern die Berichtersteller, dass der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER), wie in der aktuellen Förderperiode, wieder in die Rahmenverordnung mit aufgenommen wird. Die Kommission hatte in ihrem Vorschlag den ELER aus der Rahmenverordnung herausgenommen. Der Forderung der Kommission, die Kohäsionspolitik stärker an die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen<sup>2</sup> zu knüpfen, erteilen die Berichtersteller eine Absage.

Die Berichtersteller fordern, dass Verwaltungsbehörden vor der Genehmigung von Großprojekten (ab 100 Mio. Euro) bestimmte Informationen, wie z. B. Kosten-Nutzen-Analysen, Finanzierungspläne und Umweltverträglichkeitsprüfungen an die Kommission weiterleiten müssen. Diese solle dann eine Beurteilung abgeben. Anders als in der aktuellen Förderperiode hatte die Kommission in ihrem Vorschlag von einer besonderen Überprüfung von Großprojekten durch die Kommission abgesehen.

Die Berichtersteller setzen sich des Weiteren für eine Stärkung des Bottom-up-Prinzips und die Einbeziehung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei der Vorbereitung und Umsetzung der Operationellen Programme ein.

Insgesamt fordern die Berichtersteller im Vergleich zum Kommissionsvorschlag eine Erhöhung des Budgets für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt. Dieser solle genauso hoch liegen wie in der aktuellen Förderperiode: 372,2 Mrd. Euro anstatt 330,6 Mrd. Euro. Der Anteil der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (Interreg) solle von 2,5 auf 3 % erhöht werden (11,165 Mrd. Euro anstatt 8,43 Mrd. Euro).

Als weiteren Punkt drängen die Berichtersteller auf die Erhöhung der Ko-Finanzierungsrate u. a. für besser entwickelte Regionen von max. 40 auf max. 50 %.

Der weitere Zeitplan sieht vor, dass bis zum 18. Oktober 2018 Änderungsvorschläge im Regi-Ausschuss möglich sind. Bis Mitte November 2018 können weitere Ausschüsse im Europäischen Parlament Stellungnahmen abgeben. Am 22. November 2018 soll der Bericht im Regi-Ausschuss abgestimmt werden.

Der Berichtsentwurf ist [hier](#) (zurzeit nur auf Englisch) abzurufen.

Das Europabüro hat sich bereits im Sommer mit einer Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag in die Diskussion eingebracht. Diese ist unter folgendem Link abzurufen: [Stellungnahme Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain zum Verordnungsentwurf zu den gemeinsamen Bestimmungen für die Kohäsionspolitik](#) (auf Deutsch).

---

<sup>2</sup> Die länderspezifischen Empfehlungen sind Dokumente, die eine Analyse der Wirtschaftslage eines jeden Mitgliedstaats enthalten und Maßnahmen empfehlen, die jeder Mitgliedstaat in den nächsten zwölf Monaten ergreifen sollte. Sie werden von der Europäischen Kommission für jeden Mitgliedstaat erstellt, anschließend vom Europäischen Rat im Juni gebilligt und dann vom Rat der EU im Juli angenommen. Die länderspezifischen Empfehlungen können Bereiche wie den Zustand der öffentlichen Finanzen, die Reform der Altersversorgungssysteme, bildungs- und innovationsbezogene Herausforderungen, Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit usw. betreffen.

## AMIF: Projektauftrag 2018

Im Rahmen des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) können noch bis zum 11. Oktober 2018 Projektanträge eingereicht werden.

Der Aufruf umfasst drei spezifische Ziele:

1. Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, einschließlich seiner externen Dimension
2. Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration
3. Rückkehr

Ein Projektantrag muss grundsätzlich einem dieser spezifischen Ziele und darunter einem der nationalen Ziele zugeordnet werden können. Diese nationalen Ziele werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als zuständige nationale Behörde definiert und weisen jeweils verschiedene Maßnahmenbereiche aus, in denen das Projektvorhaben ansetzen muss.

Unter dem **ersten spezifischen Ziel** werden Projekte gefördert, die zu einer Verbesserung der Aufnahmebedingungen und der Information der Zielgruppe beitragen. In dem dazugehörigen nationalen Ziel „Aufnahme- und Asylsysteme“ werden folgende Maßnahmen gefördert:

- ★ Identifizierung und Betreuung besonders Schutzbedürftiger (z. B. modellhafte Identifizierungsverfahren, Entwicklung eines einheitlichen Altersfeststellungsverfahrens oder Weiterentwicklung der therapeutischen Betreuung)
- ★ Verbesserung der Aufnahmebedingungen und der Information von Antragstellern (z. B. Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse, Entwicklung einheitlicher Standards für die soziale Betreuung oder Sensibilisierung der Bevölkerung)
- ★ Qualifizierung und Fortbildung der am Asylverfahren Beteiligten (z. B. fachlicher Austausch auf nationaler und europäischer Ebene oder Qualifizierung von beteiligten Akteuren)

Mit dem **zweiten spezifischen Ziel** sollen Projekte umgesetzt werden, die zu einer besseren Integration von bereits in Deutschland lebenden Zuwanderern beitragen. Dementsprechend stehen hier Drittstaatsangehörige mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Bundesrepublik als Zielgruppe im Fokus. Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive fallen allerdings nicht darunter.

In den dazugehörigen nationalen Zielen „Integrationsmaßnahmen“ sowie „Praktische Zusammenarbeit und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau“ werden folgende Maßnahmen gefördert:

- ★ Erstintegration (z. B. Zügiger Zugang zu den Erstintegrationsmaßnahmen oder ergänzende Maßnahmen zum Integrationskurs)
- ★ Chancengleichheit (z. B. Erhöhung der Bildungsbeteiligung, gleichberechtigte Teilhabe in Bereichen des alltäglichen Lebens)
- ★ Gesellschaftlicher Zusammenhalt (mit Blick auf die Aufnahmegesellschaft, z. B. Wissensvermittlung über Migration oder Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit kommunaler Einrichtungen)

- ★ Interkulturelle Öffnung (z. B. Interkulturelle Öffnung von Verwaltung oder Vernetzung von Ausländerbehörden)

Im **dritten spezifischen Ziel** stehen die Rückkehrförderung sowie die soziale und wirtschaftliche Reintegration in den Herkunftsstaaten im Fokus. Unter den nationalen Zielen „Maßnahmen zur Begleitung von Rückkehrverfahren“, „Rückkehrmaßnahmen“ und „Praktische Zusammenarbeit und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau“ sind folgende Maßnahmen förderfähig:

- ★ Weiterentwicklung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration (z. B. Strategisches Rückkehrmanagement, Rückkehrberatung oder Qualifizierungsmaßnahmen)
- ★ Förderprogramm für die freiwillige Rückkehr, Beförderungskosten, Starthilfen und Unterstützung / Begleitung einer nachhaltigen Reintegration (z. B. Weiterentwicklung des nationalen Förderprogramms für freiwillige Rückkehr REAG/GARP)
- ★ Weitentwicklung der Rückkehr- und Reintegrationshilfen im Rückkehrstaat (z. B. Beihilfen zur beruflichen Qualifizierung, medizinische Betreuung oder Existenzgründung)
- ★ Strategisches Rückkehrmanagement und -politik einschließlich Zusammenarbeit der Akteure auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen (z. B. internationale Netzwerke, Kampagnen in Drittländern oder systematische Datenerfassung von Rückkehrverfahren)

Maßnahmen zum Einstieg in das Erwerbsleben, wie z. B. die Vermittlung von Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen, werden im Rahmen dieses Projektauftrags nicht gefördert.

Für den Aufruf 2018 stehen rund 69,5 Mio. Euro zur Verfügung. Förderfähig sind dabei Projekte, die zwischen dem 01.01.2018 und dem 01.07.2019 beginnen. Die maximal geförderte Projektdauer beträgt 36 Monate. Der AMIF-Anteil am Projekt kann bis zu 75 % der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen. Eine genaue Beschreibung der Zielgruppen und Zuwendungsempfänger, die im Fokus der Maßnahmenbereiche stehen, erfolgt in der [Aufforderung](#).

Bitte beachten Sie, dass der Eingangsstempel des BAMF als Frist zur Einreichung von Projektanträgen (11.10.2018) gilt. Auf der [Internetseite des BAMF](#) finden Sie zudem alle relevanten Informationen und Antragsformulare (auf Deutsch). Darunter auch:

- ★ [Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen 2018](#)
- ★ [Leitfaden für die Antragssteller](#)
- ★ [FAQ-Liste](#) (hierüber werden die schriftlich eingehenden Fragen beim BAMF beantwortet, eine persönliche Beratung findet nicht statt).
- ★ [Antragsvordruck](#)

## Europäisches Parlament: Zentrales digitales Zugangstor beschlossen

Das Europäische Parlament hat in seiner Sitzung am 13. September 2018 das sogenannte „[zentrale digitale Zugangstor](#)“ final beschlossen (Vorgang [2017/0086/COD](#)). Zentrale Vorgabe an alle Mitgliedsstaaten ist, bestimmte Verwaltungsleistungen (Aufgelistet in Anhang II des [Beschlusses](#)) digital und „barrierefrei“ zugänglich zu machen. Dies muss nicht nur in der Landessprache, sondern in einer weiteren, vor Ort am häufigsten genutzten EU-Sprache, geschehen.

Mit diesem Gesetzestext soll letztlich ein einheitliches Portal für die Erledigung zentraler Verwaltungsverfahren in der EU geschaffen werden. In allen Amtssprachen der EU werden dort u. a. die Beantragung einer Geburtsurkunde, das Ausstellen eines Personalausweises, die Anerkennung akademischer Titel und Vorgänge zu Rentenleistungen oder Geschäftsgründungen grenzüberschreitend und standortunabhängig möglich sein. Dabei soll auch das Prinzip gelten, dass Dokumente vom Nutzer nur einmal hochgeladen werden müssen und dann von verschiedenen Behörden wiederverwendet werden können. Das digitale Zugangstor wird auf der Seite „[Ihr Europa](#)“ eingerichtet.

Nach der sicheren formellen Zustimmung des Rates haben die Verwaltungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene fünf Jahre Zeit, ihre Leistungen an die Anforderungen des digitalen Zugangstors anzupassen und verfügbar zu machen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Solidaritätskorps: Erste Projektvorschläge können eingereicht werden

Noch bis zum 16. Oktober 2018 ist der erste Aufruf für Projekte im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) geöffnet. Für Projekte von Freiwilligenteams besteht sogar die Möglichkeit, Projekte noch bis zum 18. Januar 2019 einzureichen.

Mit dem Europäischen Solidaritätskorps sollen sich junge Menschen für die europäische Gesellschaft engagieren können und die Möglichkeit erhalten, an Lösungen für die Herausforderungen der EU mitzuarbeiten. Hierfür steht dem ESK im Zeitraum von 2018-2020 ein Budget von insgesamt 375,6 Mio. € zur Verfügung. Davon werden 40 Mio. für den jetzt geöffneten Aufruf bereitgestellt.

Folgende Maßnahmen sind im Rahmen des ESK förderfähig:

- ★ Partnerschaften für Freiwilligentätigkeiten,
- ★ Freiwilligenprojekte,
- ★ Freiwilligenteams in prioritären Gebieten,
- ★ Praktika und berufliche Tätigkeiten,
- ★ Solidaritätsprojekte,
- ★ Qualitätssiegel.

Antragsberechtigt sind sowohl öffentliche und private Organisationen, als auch junge Menschen im Alter von 18-30 Jahren, die sich beim [Portal des Europäischen Solidaritätskorps](#) registriert haben (bspw. für Praktika und beruflichen Tätigkeiten). Eigene solidarische Vorhaben können junge Menschen ebenfalls in Gruppen von fünf Personen umsetzen.



Ausführliche Informationen zum Verfahren und den Prioritäten sind dem [Online-Leitfaden des Europäischen Solidaritätskorps](#) zu entnehmen (auf Englisch).

### **Öffentliche Auftragsvergabe: Kommission veröffentlicht Leitfaden**

Der im Februar 2018 veröffentlichte Leitfaden der Europäischen Kommission zur öffentlichen Auftragsvergabe ist ab sofort auch auf Deutsch verfügbar.

Der Leitfaden dient der Vermeidung von Fehlern, die nach Ansicht der Kommission häufig bei der öffentlichen Auftragsvergabe auftreten, insbesondere bei aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds kofinanzierten Projekten. Aber auch bei anderen Auftragsvergaben, bei denen der Auftragswert über den EU-Schwellenwerten liegt, ist der Leitfaden hilfreich. Der Leitfaden richtet sich in erster Linie an Beschaffungsstellen bei öffentlichen Auftraggebern, die für die rechtskonforme und effiziente Planung und Durchführung des Erwerbs öffentlicher Bauleistungen, Waren oder Dienstleistungen verantwortlich sind.

Der Aufbau des Leitfadens richtet sich nach den Hauptstadien des öffentlichen Auftragsvergabeverfahrens von der Planung bis zur Auftragsdurchführung und geht auch auf Neuerungen der letzten Jahre ein.

Der Leitfaden ist unter folgendem Link abrufbar: [Leitfaden öffentliche Auftragsvergabe](#) (auf Deutsch).

## **Wirtschaft, Forschung und Innovation**

### **Horizont 2020: Forschungsförderung 2019 im Bereich Klima, Umwelt und Energie**

In Brüssel informierten die zuständigen Agenturen der EU-Kommission kürzlich über die anstehenden Förderaufrufe für das Jahr 2019 im Rahmen des Forschungsförderprogramms [Horizont 2020](#). Zu verschiedenen Zeitpunkten werden in diesem Programm spezifische Forschungsvorhaben und Innovationsprojekte in sieben thematischen Schwerpunkten zu gesellschaftlichen Herausforderungen in der EU ausgeschrieben.

Im Bereich „Klimaschutz, Umwelt, Ressourceneffizienz und Rohstoffe“ können sich Projektkonsortien vom 14. November 2018 bis zum 19. Februar 2019 auf eine Förderung bewerben. Im Regelfall werden 100 % der Projektkosten übernommen. Dazu müssen an diesem Vorhaben aber mindestens drei Forschungseinrichtungen, Organisationen, Unternehmen oder öffentliche Stellen aus drei verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten beteiligt sein. Eine frühzeitige Konzeption und internationale Partnersuche ist daher unerlässlich.

Auf einer Online-Übersichtsseite finden sich die detaillierten Ausschreibungen zu den Unterbereichen „[Nachhaltige Wirtschaft](#)“ mit Aufrufen zur Kreislaufwirtschaft, Wasser und Rohstoff-Forschung sowie zu „[Klimawandel unter den Pariser Klimazielen](#)“ mit Aufrufen zu Klimaschutz und Biodiversität. Beispiele sind u. a. Vorhaben zur [Rehabilitierung urbaner Ökosysteme](#) (SC5-13-2019), zu [Innovativen und integrierten Ansätzen zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden in Städten](#) (SC5-14-2019) oder zur [Transformation historischer Stadtviertel und kultureller Landschaften](#) (SC5-20-2019).

Außerdem laufen im Bereich „Sichere, saubere und effiziente Energie“ bis zum 11. Dezember 2018 noch mehrere Aufrufe im Bereich [erneuerbare Energien](#) (LC-SC3-RES 1, 8, 14, 15, 17, 24, 28, 30). Ebenso ist ein spezifischer Aufruf zu [Smart Cities and Communities](#) bis zum 5. Februar 2019 geöffnet (LC-SC3-SCC-1-2019).

Weitere allgemeine Informationen finden sich auf unserer [Homepage](#). Erläuterungen zum zweistufigen [Bewerbungsverfahren](#) und [vertiefende Informationen](#) finden Sie auf der Seite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

## Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen

### Einladung: Konferenz zu eGovernment in Brüssel

Die Europäische Kommission lädt am 29. November 2018 nach Brüssel zur [ISA<sup>2</sup>-Konferenz](#) ein, die sich mit der Digitalisierung der Verwaltungen in Europa beschäftigen wird.

Die Veranstaltung richtet sich an Mitglieder der öffentlichen Verwaltung, aber auch Vertreter aus der Wirtschaft. Dabei soll eine Bilanz zum Stand von eGovernment-Angeboten (insbesondere der Interoperabilität) gezogen und die Herausforderungen für die kommenden Jahre besprochen werden. An dieser Konferenz werden auch hochrangige Vertreter der EU-Kommission, u. a. die Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Mariya Gabriel, teilnehmen. Namensgebend für die Konferenz ist das [EU-Programm ISA<sup>2</sup>](#) zur Förderung interoperabler Dienstleistungen in Verwaltungen und Unternehmen.

Die kostenfreie Anmeldung erfolgt über das [EU-Login Portal](#), ein entsprechendes Zugangskonto ist notwendig. Das [Programm](#) finden Sie hier.



## Folgen Sie uns auf Twitter!

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken.



**FrankfurtRheinMain**  
@RegionFrankfurt

Metropolitan Region FrankfurtRheinMain in Brussels. Together with my colleagues working on regional policy, SMEs, transport, energy & peri-urban matters.

Brüssel, Belgien  
region-frankfurt.de/europabüro  
Beigetreten Oktober 2011

39 Fotos und Videos



**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 1 Min.

#Berichtsentwurf zu den Rahmenbedingungen der #Kohäsionspolitik ab 2021 liegt vor, die Richtung stimmt: 50% Kofinanzierungsrate + Einbezug lokaler/regionaler Akteure bei Planung u. Umsetzung d. Programme. Unsere Position: europabuero-fm.de/media/custom/2... @ConstanzeKrehl

**LINK TO EUROPE**

Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain  
13.07.2018

Poststraße 16  
60329 Frankfurt am Main  
+49 69 2577 1538  
europa@region-frankfurt.de  
www.europabuero-fm.de

**STELLUNGNAHME**

„Vorschlag für die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit den gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl- und Migrationsfonds, den Fonds für innere Sicherheit und das Instrument für Grenzmanagement und Visa“ COM(2018) 375 final

🗨️ ↻️ ❤️ 📊

**FrankfurtRheinMain** @RegionFrankfurt · 20. Sep.

Im #BestPractice Handbuch des @EU\_CoR wird unser gemeinsames EU-gefördertes Projekt #RaiseIt zur Verbesserung der Verbindungen in und zwischen urbanen Verkehrsknoten im @EGTCRhineAlpine vorgestellt. Mehr auf S. 54f.: cor.europa.eu/en/engage/broc... @RegioCoop

🗨️ ↻️ ❤️ 2 📊

Du hast retweetet

**Europaparlament** @Europarl\_DE · 18. Sep.

Das neue "zentrale digitale Zugangstor" soll den Zugang zu Online-Informationen & Verwaltungsverfahren für BürgerInnen & Unternehmen in ganz Europa erleichtern ➡ [eptwitter.eu/qeRH](#)



🗨️ ↻️ 3 ❤️ 2 ✉️